



Grünes Bündnis
Postfach 6411
Neubrückestrasse 17
3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
Fax 031 302 88 78
info@gbbern.ch
www.gbbern.ch
PC 30-37923-6

gb.links

- Bürgerrechtsvorlagen: 2 x JA
- Stadt Bern: JA zum neuen Abfallreglement
- Greenpower



Am 25. September braucht es ein doppeltes Ja zu den Bürgerrechtsvorlagen

Ein kleiner Schritt ganz gross

GB-Motion als Initialzündung

Die Abstimmungsvorlage geht auf einen Vorstoss von GB-Grossrat François Contini zurück. Nachdem das Bundesgericht 2003 Einbürgerungen an der Urne als verfassungswidrig bezeichnet hatte, forderte Contini mit einer Motion die Übertragung der Einbürgerungsbefugnisse an die Gemeindeexekutiven. Der Vorstoss wurde vom Grossen Rat klar überwiesen.

Mehr Rechtssicherheit für Gesuchsteller
Negative Einbürgerungsentscheide an der Urne oder an Gemeindeversammlungen lassen sich oft kaum kohärent begründen. Die Übertragung der Einbürgerungsbefugnisse an die Exekutive stellt sicher, dass Einbürgerungsentscheide einheitlich entschieden und begründet werden. Damit wird eine transparente und rechtssichere Einbürgerungspraxis ermöglicht, welche vor Willkür und Diskriminierungen schützt. Der vom Bundesgericht geforderte und in der Bundesverfassung abgestützte Anspruch auf eine Begründung wird umgesetzt.

Weg mit unnötigem Ballast

Die Bürgerrechtsvorlagen bringen für die Einbürgerungswilligen rechtssicherere Entscheide – und für den Staat erst noch tiefere Kosten. Denn die Revision des Einbürgerungswesens befreit dieses von bürokratischem Ballast, welcher es heute schwerfällig, langsam und intransparent macht. Aus diesen Gründen haben in der Schweiz schon zehn Kantone die Einbürgerungsbefugnisse an die Regierung abgetreten. Im Kanton Bern steht die Kompetenz für das Einbürgerungswesen auf Gemeindeebene bereits heute in einem Drittel der Gemeinden der Exekutive zu. Die entsprechende Änderung wurde in der Stadt Bern in der Volksabstimmung 2003 mit 73% Jastimmen klar angenommen.

Wichtiges integrationspolitisches Zeichen

Eine wirksame und menschenwürdige Integrations- und Ausländerpolitik darf sich nicht allein auf die Option der Einbürgerung abstützen. Es braucht dafür noch zahlreiche weitere Massnahmen, u.a. auch

zur Erleichterung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation. Um auf diesem Weg weitere Fortschritte zu erzielen, ist vorerst ein deutlicher Erfolg mit den Bürgerrechtsvorlagen nötig. Dies kann nur gelingen, wenn am 25. September alle ein klares JA zur Verfassungs- und Gesetzesänderung einlegen.

Blaise Kropf, Grossrat GB/JA!

gb.njet

Mit Befremden hat das GB aus der Presse erfahren, dass Exponenten der Grünen Freien Liste mit der SVP Gespräche über eine Zusammenarbeit bei den Regierungsratswahlen geführt haben. Für das GB ist eine solche Kooperation für die Grünen undenkbar. Wir gehen zudem davon aus, dass dieses Vorhaben unterdessen nicht mehr zur Diskussion steht.

Das GB engagiert sich für ein doppeltes Ja zu den Bürgerrechtsvorlagen. Wer bei der Kampagne mithelfen will, meldet sich per Talon.

Am 25. September wird im Kanton Bern über zwei Bürgerrechtsvorlagen abgestimmt, welche das kantonale und kommunale Einbürgerungswesen rechtssicherer und einfacher machen. Ein klarer Abstimmungserfolg ist aus ausländischer und integrationspolitischer Sicht unerlässlich.

Die Bürgerrechtsvorlagen bestehen aus einer Änderung der Kantonsverfassung und aus einer Revision des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht. Mit der Verfassungsänderung wird die Kompetenz für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts vom Grossen Rat an den Regierungsrat bzw. die zuständige Direktion übertragen. Die Gesetzesänderung bezweckt währenddessen, die Zuständigkeit für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts generell den Gemeindeexekutiven zuzuweisen.

AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

● Do, 15.9., ab 16.30 Uhr, Münsterplatz. **Landsgemeinde Service public** mit Philipp Fankhauser Blues Band. Jetzt ist genug! Wir wehren uns gegen den unnötigen Leistungsabbau im öffentlichen Dienst: Voller Teuerungsausgleich – 5 Wochen Ferien für alle – Keine Lohnspielchen!

● Mi, 21.9., 20.15 Uhr, HaberHuis Kultur Schloss Köniz. **Benefizkonzert von Nina Dimitri für das ECO Center Vlahi in Bulgarien.** Org. Service Civil International, Schweizer Zweig. Infos: www.eco-bike-tour.org

● So, 6.11., ab 17 Uhr, Brasserie Lorraine, Bern. **Reitschule bleibt!** Voranzeige für Lottohungrige: Soli-Lotto zugunsten der Reitschule-Abstimmung. Tolle Preise garantiert!

gb.tipp



Energiepolitik unter Strom?

In welchem Zusammenhang stehen KWO plus und die Liberalisierung des Strommarkts? Ist KWO plus Wasserkraft oder gewaschener Atom- und Kohlestrom? Kann die Stadt Bern auf die Atomstrombeteiligung verzichten?

Diese und weitere Fragen diskutieren: **Jürg Buri**, Geschäftsführer Schweiz. Energiestiftung SES; **Sabine Gresch**, Grossrätin Grünes Bündnis; **Rolf Zimmermann**, Zentralsekretär Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB; VertreterIn des **Amt für Umweltschutz**, Stadt Bern; VertreterIn der **Kraftwerke Oberhasli KWO**. Moderation: **Toni Koller**, Redaktor Regionaljournal Radio DRS.

Mittwoch, 7. September, 20 Uhr, Kornhaus Bern, Vortragssaal

Das Grüne Bündnis organisiert in lockerer Folge, teilweise in Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen, die Veranstaltungsreihe «Globalisierung und Marktöffnung vor der eigenen Haustüre». Themenbezogen werden die auch in Bern spürbaren Wirkungen von Marktöffnungen und der Internationalisierung von Güter- und Dienstleistungsverkehr diskutiert.

25. Oktober 2005: **Geld und Güter** – Das Geschäft mit Abfall und Wiederverwertung im geöffneten Markt. Gefahren und Chancen für die Stadt Bern.

Talon

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
e-mail: _____

- Ich möchte mich an der **Abstimmungskampagne Bürgerrechtsvorlagen** beteiligen.
 - Ich möchte mich an der **Abstimmungskampagne für das Abfallreglement** beteiligen
- Schickt mir ___ Expl. Postkarten «Weniger Abfall». Unser Quartierfest könnte ___ Expl. Mehrwegbecher gebrauchen.
- Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Impressum

Redaktionsschluss gb.links 7/2005: 2. September.
Redaktion: Monika Hächler, Natalie Imboden.
Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

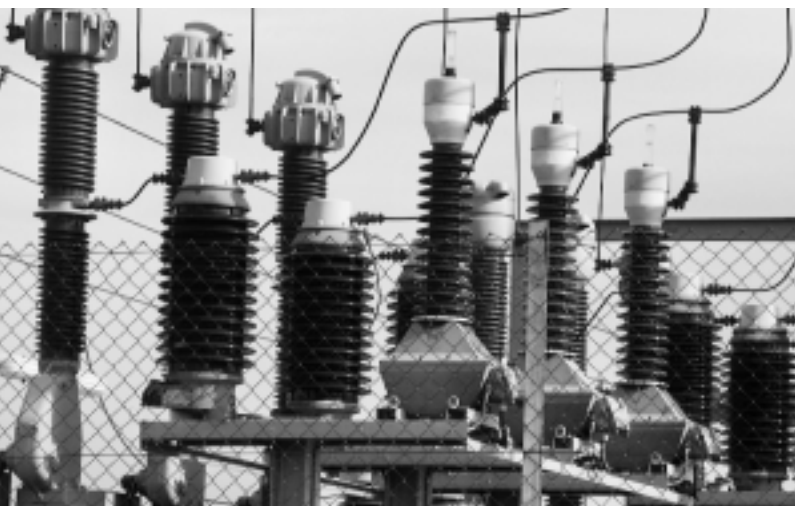
gb.bewegt

Frauenpolitik
Montag, 5. September, 19 Uhr, GB-Sekretariat
Ökologie
Dienstag, 23. August, 20 Uhr, GB-Sekretariat

Internationales und Migration
Kontakt: Stefanie Gass, internationales-migration@gbbern.ch
Bildung
Montag, 29. August, 19 Uhr, GB-Sekretariat

Nationale Politik
Kontakt: Anne Wegmüller, Tel. 031 301 82 09
Leitender Ausschuss
Mittwoch, 31. August (Delegiertenversammlung), 20 Uhr, GB-Sekretariat

Mehr grüne Kraft im Energiemarkt!



Auf allen Ebenen ist die Diskussion um die Ausrichtung der Energiepolitik wieder in Bewegung.

Bern ein Zeichen gesetzt, damit sich die VertreterInnen von ewb und der Stadt Bern im Verwaltungsrat der KWO gegen diesen Ausbau aussprechen. Dieses Projekt schafft auch kaum nachhaltige Arbeitsplätze in der Region, wie dies von vereinzelt LokalpolitikerInnen sämtlicher Couleur behauptet wird. Es geht vielmehr Hand in Hand mit einer verfehlten Strompolitik, welche sich nur den Gewinn und nicht die ökologische und erneuerbare Energiegewinnung auf die Fahne geschrieben hat. Grüne und sozial Denkende im Kanton Bern sollten sich deshalb mit Vehemenz gegen dieses Projekt zur Wehr setzen.²

... und sinnvolle Forderungen

Schliesslich ist es drei Jahre nach der Auslagerung von Energie Wasser Bern (ewb) für das Grüne Bündnis der Stadt Bern höchste Zeit für eine Zwischenbilanz und eine Neubestimmung der energiepolitischen Ziele der Stadt Bern. Es zeigt in einem Arbeitspapier auf, was in der städtischen Energiepolitik erreicht worden ist und vor allem auch, wo noch Lücken klaffen.³ Das Grüne Bündnis sieht einen beträchtlichen Handlungsbedarf. Mit einem Paket von zehn parlamentarischen Vorstössen, Vorschlägen und Forderungen sollen dem Gemeinderat und ewb grüne Beine gemacht werden. Der Gemeinderat und der ewb-Verwaltungsrat haben hier eine strategische Führungsrolle zu spielen, die über die Verantwortung für den kommerziellen Erfolg des Unternehmens und die sichere Stromversorgung hinausgeht. Sie müssen den Ausstieg aus der Atomenergie, die Förderung der effizienten Energienutzung und die Produktion erneuerbarer Energie als Unternehmensziele ernst

nehmen, so wie das die Gemeindeordnung der Stadt Bern und das ewb-Reglement als Leistungsauftrag für das Unternehmen verlangen. So muss ewb seine Beteiligungsstrategie überprüfen und ein Konzept zum zeitlich gestaffelten Ausstieg aus seinen AKW-Beteiligungen vorlegen. Die ewb-Tarife sollen reformiert werden, so dass grössere Anreize für effiziente Elektrizitätsnutzung und die Nachfrage von Strom aus erneuerbaren Quellen gesetzt werden. Als Orientierung können hier die Tarifmodelle der Stadtwerke von Genf, Basel oder Zürich dienen. Mit diesen Werken steht ewb über Swisspower in engen Beziehungen. ewb soll zukünftig vermehrt die Produktion und den Absatz von Strom aus erneuerbaren Quellen fördern. Der Gemeinderat soll steigende Quoten für die Alternativenergie-Produktion für ewb festsetzen. Die Stadt nimmt vermehrt Einfluss auf die Fördertätigkeit des ewb-Ökofonds und setzt bei eigenen Projekten wie dem Ersatz der KVA ebenfalls vollständig auf die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen. Schliesslich muss die Energiefachstelle der Stadt Bern innerhalb der Verwaltung aufgewertet und mit grösseren Ressourcen dotiert werden. Mehr grüne Kraft ist in der Energiepolitik der Stadt Bern angesagt, damit unsere Energieversorgung endlich menschen- und umweltfreundlich gestaltet werden kann.

Urs Frieden, GB-Stadtrat, Mitglied der Energiekommission der Stadt Bern

1 Positionspapier «Grüne Energieperspektiven 2050» www.gruene.ch/d/aktuell/energiepolitik_d.pdf
 2 s. dazu den gb.tipp: «Energiepolitik unter Strom?»
 3 Arbeitspapier «Mehr grüne Kraft für EnergieWasser Bern ewb» www.gbbern.ch (online ab 25.8.05)

National wird derzeit um das neue Energiemarktgesetz gerungen, und die Stromlobby will eine neue Atomstromrunde einläuten. Die Grünen Schweiz haben darauf mit einem Positionspapier geantwortet, welches den Weg in den Ausstieg aus der Atomenergie hin zu einer ökologischen Energiepolitik aufzeigt.¹ Die Anti-Atom-Bewegung muss sich den Moratoriumssand aus den Augen reiben und wieder lautstarker zu Wort melden.

Energiepolitischer Unsinn ...

Auf kantonaler Ebene nehmen die Kraftwerke Oberhasli KWO die Betonmischer hervor und wollen die Grimselstaumauer erhöhen, um mit billigerem Atomstrom Wasser in den Speichersee zu pumpen, damit er zu Spitzenleistungszeiten als «veredelter» teurer Strom wieder verkauft werden kann. Das Grüne Bündnis wehrt sich entschieden gegen diesen strompolitischen Unsinn, der zudem einen Teil dieser schönen Gletscherregion zerstört. Wir haben mit einer überwiesenen Motion im Stadtrat von

Viele Arbeitnehmende haben in den letzten Monaten Lohn- druck am eigenen Leib erfahren. Unternehmer und PolitikerInnen lancieren eine Provokation nach der anderen. Wenn der neu gewählte Präsident der Hoteliers Jobs für Fr. 2000.- fordert und wenn die Zürcher Sozialvorsteherin Stocker gemeinsam mit Bundesrat Couchepin sogar Dumpinglöhne von Fr. 1000.- gut finden, muss sich niemand wundern, wenn Arbeitnehmende verunsichert sind. Wer jedoch meint, am Lohndumping wären die ausländischen KollegInnen Schuld, irrt sich gewaltig. Das Problem sind die Arbeitgeber, welche sich nicht an die Mindestlöhne halten wollen. Fakt ist: Erstens sind die Abschaffung der unwürdigen Saisoniers-Regelungen und die Einführung des freien Personenverkehrs langjährige gewerkschaftliche Forderungen. Diese Fortschritte gilt es zu verteidigen und auszuweiten. Zweitens werden wir mit den neuen flankierenden Massnahmen wesentlich bessere Instrumente zur Verfügung haben als heute, die Mindestarbeitsbedingungen verbindlich durchzusetzen – für alle Arbeitnehmenden, unabhängig vom Pass. Die neuen Schutzmassnahmen verlangen beispielsweise, dass der Lohn schriftlich vereinbart werden muss, dass der Staat bei wiederholtem Lohndumping verbindliche Mindestlöhne festlegen kann und dass sich auch Temporärfirmen an alle Bestimmungen der Gesamtarbeitsverträge halten müssen. Darum stimmt, wer nüchtern überlegt, Ja zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit und zum Schutz der Löhne.

Vania Alleva, Leiterin Abteilung Migration, Jugend, Gleichstellung der Gewerkschaft Unia

gb.abstimmen

NEIN zum willkürlichen Lehreranstellungsgesetz

Am 25. September stimmen wir über das neue Lehreranstellungsgesetz (LAG) ab. Wieder soll ein Kernbereich des Leistungsangebotes des Staates verschlechtert werden. Mit dem neuen LAG ist der Lohnaufstieg der LehrerInnen nicht mehr gesichert. Ein fairer Lohn ist jedoch ein wichtiger Pfeiler der öffentlichen Schule. Eine gute Ausbildung in der Schule ist die beste Grundlage, den Weg ins Berufsleben erfolgreich zu meistern. Darum müssen wir zur öffentlichen Schule Sorge tragen. Genauso wichtig wie der Lehrplan sind dabei die LehrerInnen. Auch Arbeitgeberpräsident Hasler teilt diese Auffassung (BZ vom 12.5.05): «Die Qualität des Unterrichts hängt nicht nur vom Programm, sondern auch vom Lehrer ab. In den vergangenen Jahren haben wir den Lehrerberuf zu wenig gepflegt und ihn damit eher geschwächt als gestärkt. Hier besteht auch Handlungsbedarf.» Mit einem Nein zum LAG setzen wir ein wichtiges Zeichen für eine gute öffentliche Schule.

Abstimmungsparolen vom 25.9.05

<u>Stadt Bern:</u>	
Abfallreglement: Stadtratsvorlage: JA	Volksvorschlag: NEIN
Schlachthof; Kredit und Abgabe von Land im Baurecht:	JA
<u>Kanton Bern</u>	
Bürgerrechtsvorlagen	2 x JA
Änderung des Gesetzes über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG)	NEIN
<u>Eidgenössische Vorlage</u>	
Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten und Revision der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit	JA

gb.quartierfest

Mehrwert dank Mehrweg. Mehrweggeschirr spart Abfall und bringt mehr Lebensqualität. Und der neue Mehrwegbecher wirbt gleichzeitig für das neue Abfallreglement. Der ökologische Werbeträger eignet sich für anstehende Quartier- und Hausfeste. Wer interessiert ist, meldet sich per Talon.

gb.berlin

Anlässlich des Flussbadetages vom 17. Juli in Berlin zeigte GB-Gemeinderätin und begeisterte Aareschwimmerin **Regula Rytz**, wie dank Investitionen der Berner Stimmbevölkerung in die Erneuerung der Mischkanalisation die Rückeroberung der Aare als Naherholungsraum Realität wurde.

25. September: Abstimmung über das Abfallreglement in der Stadt Bern

The dark side of the moon

Mit einem Volksvorschlag bekämpfen die bürgerlichen Parteien in der Stadt Bern verursachergerechte Abfallgebühren und Mehrweggeschirr. GB-Gemeinderätin **Regula Rytz** erklärt, weshalb das neue Abfallreglement eine saubere Sache ist.



Ist die Kehrrecht-Problematik eine Strafaufgabe für die Tiefbau- und Verkehrsdirektorin?

Nein. Abfall ist sozusagen die andere Seite des Konsums, the dark side of the moon, und von grosser ökologischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Verunreinigtes Wasser, stinkende Abfallhaufen, giftige Deponien gehören auch in der Schweiz noch nicht lange der Vergangenheit an. Ende der 60er Jahre konnte man in der verschmutzten Aare nicht baden. Heute ist der Aare schwimm ein Teil unserer Lebensqualität, um die uns andere Städte wie Berlin beneiden.

Wieso müssen wir das Abfallreglement annehmen?

Es bringt höhere Grundgebühren für Fast-Food-Betriebe und die Pflicht zur Nutzung von Mehrweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen. Dies ist nicht nur ökologisch,

sondern auch finanziell unabdingbar: Seit 2002 wird Müll, den kopflose Menschen im öffentlichen Raum liegenlassen, der Abfallsonderrechnung belastet. Das führt zu einem jährlichen Defizit von rund 5 Mio. Franken. Wir brauchen deshalb eine Gebührenerhöhung, die grosse «Verschmutzer» stärker zur Kasse bittet.

Der Volksvorschlag der Bürgerlichen will den Artikel zum Mehrweggeschirr aufweichen. Was meinst du dazu?

Die Idee des Mehrweggeschirrs geht auf einen Vorstoss von GB-Stadträtin Martina Dvoracek zurück und zeigt bereits Wirkung. Bei der Einweihung des Bundesplatzes z. B. wurden dank Pfandgeschirr «nur» 3 Tonnen Abfall produziert, bei der Fasnacht ohne Pfandgeschirr dagegen 20 Tonnen. Dass die bürgerlichen Parteien, die immer wieder über die «dreckige» Stadt Bern klagen, hier verbindliche Spielregeln ablehnen, ist inkonsequent.

Ist ein Abbau des Service public bei den Bereitstellungsstellen (Stichwort «Sammelplätze») geplant?

Im Gegenteil: Mit dem neuen Abfallkonzept werden die Dienstleistungen ausgebaut, z. B. durch die Quartiersentsorgungsstellen. Im Reglement ist zudem festgelegt, dass der Hauskehrer auch in Zukunft zweimal pro Woche, in der Innenstadt viermal pro Woche, abgeholt wird. In Zürich dagegen muss man eine ganze Woche lang auf die Abfuhr warten.

Unter Beschuss ist auch die Erhebung der Grundgebühr bei den Gebäude-Eigen-

tümerInnen. Wieso willst Du die Gebühr nach Bruttogeschossfläche und nicht nach Anzahl der Personen im Haushalt errechnen?

Es gibt keine städtischen Daten zur Wohnungsbelegung oder zur Anzahl Personen, die in einem Betrieb arbeiten. Der Vorschlag der bürgerlichen Parteien würde der Stadt hohe bürokratische Kosten verursachen.

Inzwischen wurde auch ein Referendum gegen den Entsorgungshof Nord eingereicht. Warum ist das Abfallwesen Ziel der bürgerlichen Oppositionstaktik?

Mit einem Teil der Abfälle – den Sekundärrohstoffen – lässt sich gutes Geld verdienen.* Die Gemeinden zahlen heute oft überhöhte Gebühren für den privaten Zwischenhandel, der Glas oder Papier sortiert und auf europäischen Recycling-Märkten teuer verkauft. Mit den zwei neuen Entsorgungshöfen will die Stadt Abfall selber sortieren – das ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch interessant. Weshalb die FDP das Referendum der Jungen SVP unterstützt und die Interessen des privaten Zwischenhandels über die finanzielle Entlastung der Stadtbevölkerung stellt, ist mir unerklärlich.

Interview: Urs Frieden, GB-Stadtrat

* s. dazu das öffentliche Podium «Geld und Gülder» am 25. Oktober im Rahmen der GB-Veranstaltungsreihe «Globalisierung vor der eigenen Haustüre».





Grüne Biel
Les Verts Bienne
PF/cp 665
2500 Biel/Bienne
www.gb-aves.ch
PC/ccp 25-7401-7

gb.links

→ le forum

→ vert ♀ social

→ Grüne Biel Les Verts Bienne



Am 25. September braucht es ein doppeltes Ja zu den Bürgerrechtsvorlagen

Ein kleiner Schritt ganz gross

GB-Motion als Initialzündung

Die Abstimmungsvorlage geht auf einen Vorstoss von GB-Grossrat François Contini zurück. Nachdem das Bundesgericht 2003 Einbürgerungen an der Urne als verfassungswidrig bezeichnet hatte, forderte Contini mit einer Motion die Übertragung der Einbürgerungsbefugnisse an die Gemeindeexekutiven. Der Vorstoss wurde vom Grossen Rat klar überwiesen.

Mehr Rechtssicherheit für Gesuchsteller
Negative Einbürgerungsentscheide an der Urne oder an Gemeindeversammlungen lassen sich oft kaum kohärent begründen. Die Übertragung der Einbürgerungsbefugnisse an die Exekutive stellt sicher, dass Einbürgerungsentscheide einheitlich entschieden und begründet werden. Damit wird eine transparente und rechtssichere Einbürgerungspraxis ermöglicht, welche vor Willkür und Diskriminierungen schützt. Der vom Bundesgericht geforderte und in der Bundesverfassung abgestützte Anspruch auf eine Begründung wird umgesetzt.

Weg mit unnötigem Ballast

Die Bürgerrechtsvorlagen bringen für die Einbürgerungswilligen rechtssicherere Entscheide – und für den Staat erst noch tiefere Kosten. Denn die Revision des Einbürgerungswesens befreit dieses von bürokratischem Ballast, welcher es heute schwerfällig, langsam und intransparent macht. Aus diesen Gründen haben in der Schweiz schon zehn Kantone die Einbürgerungsbefugnisse an die Regierung abgetreten. Im Kanton Bern steht die Kompetenz für das Einbürgerungswesen auf Gemeindeebene bereits heute in einem Drittel der Gemeinden der Exekutive zu. Die entsprechende Änderung wurde in der Stadt Bern in der Volksabstimmung 2003 mit 73% Jastimmen klar angenommen.

Wichtiges integrationspolitisches Zeichen

Eine wirksame und menschenwürdige Integrations- und Ausländerpolitik darf sich nicht allein auf die Option der Einbürgerung abstützen. Es braucht dafür noch zahlreiche weitere Massnahmen, u.a. auch

zur Erleichterung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation. Um auf diesem Weg weitere Fortschritte zu erzielen, ist vorerst ein deutlicher Erfolg mit den Bürgerrechtsvorlagen nötig. Dies kann nur gelingen, wenn am 25. September alle ein klares JA zur Verfassungs- und Gesetzesänderung einlegen.

Blaise Kropf, Grossrat GB/JA!

gb.njet

Mit Befremden hat das GB aus der Presse erfahren, dass Exponenten der Grünen Freien Liste mit der SVP Gespräche über eine Zusammenarbeit bei den Regierungswahlen geführt haben. Für das GB ist eine solche Kooperation für die Grünen undenkbar. Wir gehen zudem davon aus, dass dieses Vorhaben unterdessen nicht mehr zur Diskussion steht.

Das GB engagiert sich für ein doppeltes Ja zu den Bürgerrechtsvorlagen. Wer bei der Kampagne mithelfen will, meldet sich per Talon.

Am 25. September wird im Kanton Bern über zwei Bürgerrechtsvorlagen abgestimmt, welche das kantonale und kommunale Einbürgerungswesen rechtssicherer und einfacher machen. Ein klarer Abstimmungserfolg ist aus ausländischer und integrationspolitischer Sicht unerlässlich.

Die Bürgerrechtsvorlagen bestehen aus einer Änderung der Kantonsverfassung und aus einer Revision des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht. Mit der Verfassungsänderung wird die Kompetenz für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts vom Grossen Rat an den Regierungsrat bzw. die zuständige Direktion übertragen. Die Gesetzesänderung bezweckt währenddessen, die Zuständigkeit für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts generell den Gemeindeexekutiven zuzuweisen.

AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

Talon

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
e-mail: _____

Je m'intéresse à
Grüne Biel Les Verts Bienne.
Veuillez me contacter.

Grüne Biel Les Verts Bienne
cp/PF 665
2500 Biel/Bienne

Impressum

Rédaction: Bettina Epper.
Impression: Widerdruck, Berne.
Lithos: Graphix, Berne.

Eine bunte Mischung

Der neue Vorstand der Grünen Biel

Die Köpfe

Zwei Frauen, drei Männer; zwei Romands, drei DeutschschweizerInnen; Junge und ein bisschen Ältere; Erfahrene und Neulinge – der neue Vorstand der Grünen Biel ist eine bunte Mischung. Eine alte Häsin auf der Politbühne ist Grossrätin, Co-Präsidentin, Organisationsberaterin und Familientherapeutin **Anna Maria Hofer** (66). Da erstaunt es wenig, dass eines ihrer «Hobbys» das Politisieren ist, nebst Kajak und Velo fahren sowie Lesen. Co-Präsident **François Contini** (45) ist Fürsprecher, nebenamtlicher Gemeinderat und Grossrat, der gern liest und reist. Der 37-jährige Biologe und Kommunikationsberater **Christoph Grupp** ist zwar erst seit kurzem Mitglied bei den

Grünen, engagiert sich aber neben seinem Vorstandssitz auch aktiv in der Arbeitsgruppe Ökologie. In seiner Freizeit ist Segeln, Kochen oder Reisen angesagt. **Claire Magnin** (57), von Beruf Krankenschwester, bezeichnet die Politik nebst dem Lesen als wichtigstes Interesse. Claire sitzt seit Juni 2003 als Vertreterin der Grünen im Stadtrat, ist Fraktionspräsidentin der Grünen Biel und leitet die Arbeitsgruppe Questions sociales, intégration et femmes. Als Politologin kann **Urs Scheuss**, mit 30 der jüngste im Vorstand, sein Fachwissen ins Gremium einbringen. Ferner leitet Urs, der gern kocht, spazieren geht und liest, die Arbeitsgruppe Ökologie.

Die Visionen

So verschieden die einzelnen Vorstandsmitglieder auch sind, die Gründe, warum sie grün politisieren, ähneln sich sehr: «Les verts sont le seul parti qui a une vision globale des problèmes actuels», erklärt François. Ähnlich formuliert es Anna Maria: Die Grüne Partei «ist für mich die einzige Partei, die sich in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen kurz- und langfristig klar und undogmatisch für die Nachhaltigkeit einsetzt». Ein wichtiges Thema der Grünen ist natürlich die Umwelt. Christoph dazu: «Seit meiner Kindheit bin ich fasziniert von der Natur. Später kam die Einsicht dazu, dass wir unsere Umwelt bewahren müssen, damit wir auch künftig eine Lebensgrundlage haben». Und Urs ergänzt: «Meine Vision ist, dass die Menschen die Umwelt schonen und solidarisch sind, nicht weil sie dazu mit Geboten und Verboten gezwungen oder mit Anreizen «verführt» werden, sondern weil sie es aus Einsicht tun». Claires Zukunftsvision fasst zusammen: «Une société où les intérêts économiques et le profit passeront bien après le bien commun, la solidarité et la satisfaction des besoins de chacun dans le monde».

Umweltsensibilisierungsstand der Grünen Biel

Am 20. August (bei extrem schlechtem Wetter am 27.) sind die Grünen Biel auf dem Zentralplatz in Sachen Umweltschutzsensibilisierung präsent. An einem Stand wird Interessierten gezeigt, wie sie im Alltag mit einfachen Tricks Wasser, Strom und natürlich auch Geld sparen können.

Organisiert wird die Veranstaltung von der Arbeitsgruppe Ökologie.
Weitere Informationen: urs.scheuss@gruene-biel.ch

gb.bewegt | agir

Arbeitsgruppe Ökologie

Kontakt | contact: Urs Scheuss
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch

Groupe de travail Questions sociales, intégration et femmes

Kontakt | contact: Claire Magnin
e-mail: magnin.ch@worldonline.ch

Kontakte | contact

Grüne Biel Les Verts Bienne
Urs Scheuss
cp/PF 665, 2500 Biel/Bienne
Tel. 032 322 13 31
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch